

**Redaktion:**  
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

**Abonnement-Preise:**  
Für Oesterreich-Ungarn mit freier  
Postzulassung:  
Halbjährig . . . . . 80 fr.  
Vierteljährig . . . . . 40 fr.  
Für Deutschland:  
Vierteljährig (unter Kupert) 70 fr. =  
Mark 1.20.  
Für das übrige Ausland:  
Vierteljährig 88 fr. = 1 Fr. 25 Cent.  
Einzelne Exemplare 6 Kr.

„Die Zukunft“ erscheint an jedem  
10. und 24. im Monat.

Unverfugte Reklamationen sind portofrei.

# Die Zukunft

**Sozialdemokratisches Organ.**

**Administration u. Expedition:**  
Wien, V., Hundstürmerstraße 89.

**Inserions-Gebühr:**  
Für Anzeigen von Parteigenossen:  
**5 Kr.**  
Für Anzeigen von Privatpersonen:  
**10 Kr.**  
die dreimal gepaltene Zeile oder  
deren Raum.

Wir erlauben bei allen Geldsendungen  
sich der Postanweisungen zu bedienen.

**Manuskripte**  
werden nicht zurückgegeben.

Proletariat aller Länder vereinigt Euch!

Nr. 24.

Wien, Freitag 24. September.

1880.

## Abonnements-Einladung.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Quartal  
zum Abonnement der Zeitschrift

# Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

„Die Zukunft“ erscheint monatlich zweimal, und  
zwar an jedem 10. und 24. im Monat.

Das Abonnement beträgt für Oesterreich-Ungarn:  
Halbjährig 80 Kr., vierteljährig 40 Kr.

Briefe und Geldsendungen sind  
zu richten an Leo Walecka, Wien,  
V., Hundstürmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege,  
1. Stock.

Parteigenossen!

Mit dieser Nummer vollendet unser Organ „Die  
Zukunft“ das erste Jahr ihres Bestehens.

Die Unterzeichneten, unablässig bemüht, den Inhalt  
des Blattes immer gediegener zu gestalten, erwarten von  
allen Parteigenossen, daß ihre Bestrebungen durch mög-  
lichst zahlreiche Abonnement unterstützt werden. Vielfach  
verkennt man die schwierige Stellung unseres Blattes,  
man hat keine Ahnung von den persönlichen und mate-  
riellen Opfern, die bei den österreichischen und speziell  
den Wiener Verhältnissen dem Bestande eines Partei-  
organes gebracht werden muß n.

Arbeiter und Genossen! Trachtet daher, daß das  
überzeugende Wort, das gestützt auf die Erkenntnisse der  
Wissenschaft an Euch appelliert, in die weitesten Kreise  
dringe. Betrachte sich jeder als Apostel der guten Sache  
berufen, eine Schaar um sich zu sammeln. Wenn auch  
unserem im schlichten Gewande erscheinenden Blatte die  
Gabe glänzender, bestechender Veredlichkeit fehlt, so tut  
dies nichts. Schlicht, einfach, kühl und ohne Veredlichkeit  
wollen wir unsere Prinzipien verkünden, im Vertrauen  
auf die Macht der Wahrheit, die sich Bahn brechen wird  
und muß.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Herausgeber.

## Feuilleton.

### Die gewerblichen Hilfskassen in den im Reichsrate vertretenen Ländern im Jahre 1879.

Unter diesem Titel veröffentlichte vor Kurzem das  
statistische Departement des Handelsministeriums einen  
367 Großoktafseiten umfassenden Bericht über den Stand  
der gewerblichen Hilfskassen Oesterreichs, welcher insofern  
für unsere Leser vom Interesse sein dürfte, als es unseres  
Wissens die erste umfangreiche amtliche Veröffentlichung  
über diesen Gegenstand ist und als eine Beigabe zu der  
gegenwärtig im Abgeordnetenhause schlummernden Re-  
gierungsvorlage über die Abänderung und Ergänzung  
der Gewerbeordnung zu betrachten ist.

Zusammengestellt ist dieser Bericht auf Grund des  
von den verschiedenen Handels- und Gewerbeämtern  
mit Unterstützung der politischen Behörden gesammelten  
Materials, weshalb man auch voraussetzen könnte, daß  
derselbe auch alle in diesem Fach einschlagenden Arbeiter-  
kassen enthält, was aber bedauerlicher Weise nicht der  
Fall ist, trotzdem doch mit Bestimmtheit angenommen  
werden kann, daß den betreffenden Kammern und Be-  
hörden die diesbezüglichen Daten bekannt waren und  
letztere gewiß gleich bei der Hand gewesen wären, wenn  
sich eine solche Kasse etwas statutenwidriges oder „staats-  
gefährliches“ zu Schulden kommen ließe; wir vermüssen  
in diesem Berichte beispielsweise die allgemeinen Arbeiter-  
Krankenkassen in Bergstadt, Bielitz-Biala, Feldkirch,  
Gloggnitz, Groß-Sieghardts, Jägerndorf, Karlsdorf,  
Neunkirchen, Neutitschein, Reichramming, Römertadt,  
Freudenthal, Tümm, Suralomitz, Wörberberg, Wigtadt  
und Würbenthal, ferner, mit Ausnahme der Buchdrucker  
und Kürschner, alle bestehenden Fach- und Ge-  
werbskassen-Krankenkassen, welche doch auch Bedeutenderes  
leisten und schon der Vollständigkeit halber hätten aufge-  
nommen werden sollen.

Ferner bestehen in Oesterreich 369 Knappschaf-  
Brudertaben, davon 20 bei Salinen, welche in diesem  
Berichte deshalb nicht aufgenommen wurden, weil die-  
selben nicht in den Wirkungskreis des Handels-, sondern

### Der Kongreß der deutschen Sozial- demokratie 1880.

(Schluß.)

Vierte Sitzung. Anwesend 56 Delegirte. Antrag über  
die Ausschließung Hasselmann's aus der Partei. Der Referent  
führt aus, daß Hasselmann nach Berlin kam, um zu intriguen,  
statt wie er vorgab, mit den Parteileitern sich zu verständigen. Er  
war bestrebt, Unfrieden zu stiften und die leitenden Personen zu  
verdächtigen. Er sei mit zur Revision bestimmt worden, habe die-  
selbe aber nicht vorgenommen. Er habe fortwährend gehezt und  
sich dabei den Anschein gegeben als sei er der Verfolgte.

Ein Redner bedauert, daß Hasselmann nicht schon früher  
ausgeschlossen worden sei. Er habe den Hamburger Genossen  
Abonnementsgelder herausgeschwindelt.

Ein anderer Redner erzählt, daß ihm Hasselmann unmittel-  
bar nach dem Kongreß in Gotha den Vorschlag gemacht, die  
Partei zu sprengen, um eine neue Partei auf Grund der Organi-  
sation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins herzustellen.

Der Referent erwidert auf die Vorwürfe, daß Hasselmann  
nicht schon früher ausgeschlossen worden sei, daß dies in Barmen-  
Eberfeld früher zu einer Zersplitterung der Partei geführt haben  
würde. (Ist man heute so naiv, daß dies jetzt nicht mehr geschehen  
werde? Die Redaktion der „Zukunft“.) Man sehe ja, wie schwer  
es sei, diejenigen, deren Ausschluß durch ihre Kumereien langit  
notwendig geworden sei, aus der Partei zu entfernen. Man müsse  
lieber gegen solche, die das Vertrauen verdienen, mit Ausschließungs-  
regeln vor, als gegen diejenigen, die das Vertrauen mißbrauchen.

Es wird hierauf mit allen gegen drei Stimmen beschlossen:  
Nachdem der Kongreß über die Intriguen und das gewissenlose  
Gebahren Hasselmann's aufgeklärt ist, billigt er die von den Ab-  
geordneten proklamierte Ausschließung Hasselmann's voll und ganz  
und wartet alle auswärtigen Genossen, den Vorwürfen dieser  
als notorischen Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu  
schenken.

Hier haben wir nur zu bemerken, daß trotz des  
seit so vielen Jahren vorhandenen „erdrückenden Be-  
lastungsmaterials“ gegen Hasselmann, derselbe doch erst  
dann aus der Partei ausgeschlossen wurde, als er sich  
im Reichstage mit den russischen Sozialisten solidarisch er-  
klärte und sich mit den revolutionären Gefühlen des Vol-  
kes identifizierte.

Konrad behält noch die Mühe, die sich der Vor-  
sitzende mit den drei Delegirten gibt, welche gegen die  
Ausschließung Hasselmann's gestimmt, um von ihnen  
Erklärungen zu erpressen, daß sie im Herzen eigentlich  
doch auch für die Ausschließung seien und nur aus neben-  
sächlichen Gründen gegen dieselbe gestimmt hätten.

Es wird zur Affaire Most übergegangen. Der Referent er-  
hält das Wort, um auszuführen, daß erst nachdem Most sich in  
der „Freiheit“ für Hodel und Nobiling erklärt habe, die Partei  
ihn nicht mehr als Genossen hätte betrachten können. Dabei mußte

jedoch hervorgehoben werden, daß Most sich in der „Freiheit“ zuerst  
gegen die Attentate ausgesprochen hätte. Trotzdem habe er später  
einen Brief Vaillant's angenommen, worin dieser der deutschen  
Partei geradezu den Vorwurf mache, daß sie Hodel und Nobiling  
verleugne. Allerdings habe Most nicht gemagt, den Brief Vaillant's  
in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Das Verhalten Most's sei  
überhaupt ein sehr schwankendes gewesen. Zuerst habe er der Be-  
teiligung der deutschen Arbeiter an den Wahlen das Wort geredet.  
In Nummer 18 der „Freiheit“ hingegen habe er sich über die  
Reichstagswahl in Hamburg in der spöttischsten Weise geäußert. In  
Nummer 6 der „Freiheit“ kritisierte er die Taktik der Segner, daß  
diese der Sozialdemokratie andichten, nur gewalttätige Umstürz-  
mittel zur Durchführung ihrer Absichten im Sinne zu haben, wäh-  
rend die Sozialdemokraten nicht mit hässlicher Gewalt, sondern nur  
mit geistigen Waffen kämpften und gerade für die Wichtigkeit dieser  
Auffassung sogar den liberalen Geschichtsschreiber Rotted. Taß Most  
später für Hasselmann Partei ergreifen, sei ja ganz selbstverständ-  
lich, wenigleich er nachher verflucht habe, in dieser Beziehung eine  
etwas andere Haltung einzunehmen. In Nummer 32 d. J. nehme  
Most weiter entschiedene Stellung gegen die sozialistische Arbeiter-  
partei, in Nummer 19 desgleichen. Es werde hier die Partei in  
größtlicher Weise verdächtigt. Nummer 32 behandle die Geschichte  
der Partei während der letzten zwei Jahre. In einem mit Carolus  
unterzeichneten Artikel an der Spitze dieser Nummer wird ausge-  
sührt, daß die deutsche Sozialdemokratie bis zu dem Tage des  
Hodel-Attentates stark und mächtig und in Ehren dagestanden habe.  
Mit diesem Tage sei der Zeitpunkt gekommen gewesen, wo es für  
die Sozialdemokratie galt, Mut und Festigkeit zu zeigen und der  
Reaktion die Stirne zu bieten! Statt dessen hätten sich die Ver-  
treter der Partei „hodenlos jammertlich“, „maßlos feige“ benom-  
men, hätten „gejammert und gewimmelt“, sich als „Klennen und  
Jammertiere“ gezeigt und „durch ihre Schurkenreiche auf  
immer den Fluch des Volkes auf sich geladen“. Ein schamloser  
Verrat sei dem andern gefolgt und durch solch böse Beispiele auch  
viele Andere wankend geworden. Zwischen diesen Leuten, welche die  
Gewalttat von sich weisen und „den Mord in jeder Form verabs-  
cheuen“ und den wahren Revolutionären müsse das Falteluch für  
immer zerschnitten sein und das Volk müsse sich von solchen Men-  
schen (beziehungsweise den sich mit ihnen solidarisch erklarenden  
deutschen Sozialisten) abwenden und selbstständig vorgehen. Redner  
führt hierbei aus, das Verhalten Most's sei um so verächtlicher,  
als die preussische Regierung nach Einführung des Sozialistengesetzes  
die Partei habe nur zu Butschen veranlassen wollen. In Breslau  
habe ein höherer Militärbeamter ausdrücklich erklärt, daß jeden  
Trau ein Zusammenstoß zwischen Militär und der Bevölkerung zu  
erwarten sei. — Es entsehe somit die Frage, ob wir Partei  
ein solches Verhalten Most's gefallen lassen wollen. Er habe mehr  
geschadet als irgend einer der Segner. Sein Ausschluß sei deshalb  
gerechtfertigt, aber es sei nicht zu rechtfertigen, wenn derselbe sich  
auch auf diejenigen ausdehnen solle, die zu Most gehalten, wie dies  
in einem der vorliegenden Anträge verlangt werde.

Der nächste Redner erklärt sich für den Antrag, daß der  
Kongreß sich auch gegen die Anhänger Most's aussprechen müsse.  
Most sei verlogen, unehlich, charakterlos, schwankend.

Ein anderer Redner findet, daß der Vorwurf der Feigheit,  
den Most den Abgeordneten der Partei, namentlich Liebknecht, ge-  
macht, Verurteilung verdiene.

des Ackerbauministeriums gehören. Von den 35 öster-  
reichischen Eisenbahnen liegen betreffs der Krankenunter-  
stützungskassen nur 24 Angaben vor, da bei den übrigen  
entweder keine derartigen Institutionen existieren oder die  
darauf bezüglichen Ausweise nicht vorgelegt wurden.

Von den 29 mit der Erhebung der gewerblichen  
Hilfskassen betrauten Handels- und Gewerbeämtern  
haben Novigno und Czernowitz negative, die dalmatin-  
schen Kammern hingegen bis zum Abschluß dieser Arbeit  
keine Berichte eingereicht; die seitens der übrigen Kam-  
mern vorgelegten Ausweise gestalten die Anzahl der Kassen  
in den verschiedenen Ländern in folgender Weise: Böhmen  
282, Niederösterreich 211, Mähren 116, Oberösterreich  
73, Tirol und Vorarlberg 62, Steiermark 42, Galizien  
27, Krain 16, Kärnten 12, Küstenland 11, Salzburg  
und Schlesien je 4 (?), zusammen daher 860.

Von diesen 860 Kassen entfallen 504 auf industrielle  
Etablissements, 235 auf die Gewerbe, darunter 116 Ge-  
nossenschaftskassen, 28 auf anderweitige Unternehmungen  
und 93 auf Kassen allgemeinen Charakters, welche letztere  
ohne an ein bestimmtes Gewerbe oder Wirtschaftszweig  
gebunden zu sein, den Bewohnern eines territorialen Ge-  
bietes zu dienen berufen sind, insofern dieselben den  
statutenmäßigen Bestimmungen entsprechen.

Die Erhaltung, respektive Einzahlung in diese 860  
Kassen geschieht angeblich in 22 Fällen durch die Ge-  
werbsinhaber allein (?), in 224 Fällen durch die gewer-  
lichen Hilfsarbeiter und in 518 Fällen durch Gewerbe-  
inhaber und Hilfsarbeiter gemeinschaftlich, die restlichen  
96 zählen in die Kategorie der „allgemeinen Kassen“,  
insofern dieselben auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit  
beruhen; von den 116 Genossenschaftskassen entfallen  
auf Niederösterreich allein 68.

Mit den 860 Kassen sind ferner verbunden 52 Ver-  
sorgungskassen und Invalidenkassen, 18 Waisen- und 17  
Waisenanstalten.

Nach dem Motivenberichte in der Gewerbege-  
setz-Novelle bestehen auf Grund des Vereinsgesetzes vom  
15. November 1867 1878 Krankenunterstützungsvereine;  
allerdings sind hierunter auch die Leichen- und Leichen-  
bestattungsvereine mit inbegriffen und umfassen alle zu-  
sammengenommen die verschiedensten Berufsgruppen.

„Was den allgemeinen Charakter der beschriebenen  
Kassen betrifft, heißt es in der Einleitung des eingangs  
erwähnten Berichtes, so fallen streng genommen nicht  
sämtliche in den Bereich der gewerblichen Hilfskassen;  
es sind insbesondere eine Reihe „Allgemeiner Kranken-  
unterstützungskassen“ in die Darstellung einbezogen, weil  
dieselben — besonders die größeren, in den Hauptstädten  
gelegen, — ihre Mitglieder zum weitaus größten Teile,  
ja vielfach fast ausschließlich aus dem Stande der ge-  
werblichen Hilfsarbeiter rekrutieren und ihre Prosperität  
hauptsächlich in dem unzureichenden Bestande gewerblicher  
Hilfskassen zu suchen ist.“

Man konnte also nicht umhin, die Zweckmäßigkeit  
und das Gedeihen der „Allgemeinen Arbeiter-Kranken-  
kassen“ anzuerkennen, da diese tatsächlich ihren Mitglie-  
dern Bedingnisse und Vorteile bieten, wie dieselben bei  
anderen Kassen bisher nicht erreicht werden konnten.

In Bezug auf die Mitgliederzahl und die Rechnungs-  
gebarung im Jahre 1878 gibt folgende Zusammenstellung  
Aufschluß, und zwar entfallen im Durchschnitt auf je  
eine Kasse:

	Mitglieder	Ein- nahmen	Ausgaben
	fl.	fl.	fl.
bei den Gewerbeinhabern allein verwalt. Kassen	93	326	324
von Arbeitern angeblich verwalt. Fabrikalkassen	217	1247	1178
von Arbeitern und Gewerbeinhab. verwalt. Kassen	507	3287	2199
„Allgemeinen“ auf Gegenseitigkeit beruhenden Arbeiterkassen	572	4548	4270

Rücksichtlich der Verteilung dieser Hilfskassen nach  
Gewerben und Wirtschaftsgruppen sei bemerkt, daß die-  
selben nach Abzug der „Allgemeinen“ und jener, deren  
Mitglieder verschiedenen Gewerben angehören, am stärk-  
sten bei der Textilindustrie vertreten sind, nämlich mit  
202, bei der Industrie in Nahrungs- und Genussmitteln  
mit 108, bei der Erzeugung von Metall und Metall-  
waren mit 85, bei der Bekleidungs- und Fußwaren-  
industrie mit 54, bei der Erzeugung von Maschinen,  
Werkzeugen, Apparaten, Instrumenten und Transport-  
mitteln mit 37, bei der Papierindustrie mit 35 u. c.

Eine eigene Tabelle bringt die Art und Höhe  
jener Beiträge zur Darstellung, welche angeblich seitens  
der Gewerbeinhaber zu den Hilfskassen beigelegt

Siezu eine Beilage.

Seubert (Winterthur) teilt mit, daß das Erscheinen der „Freiheit“ in der Schweiz mit Freuden begrüßt worden. Daß die Parteivertreter in dem Blatte beschimpft wurden, habe man entschieden mißbilligt.

Der folgende Redner rechtfertigt die Ausführungen Liebnicht's im Reichstage bei Gelegenheit der Debatte über den Berliner Belagerungszustand. Es würde Wahnsinn gewesen sein, wenn die Reichstagsabgeordneten nach Erlaß des Sozialistengesetzes die Parole zum Losschlagen gegeben hätten. (Hat Jemand den Reichstagsabgeordneten eine solche Zumutung gestellt? D. N.) Liebnicht habe nie die Partei für eine Reformpartei erklärt. Most betreffend, erinnert Redner daran, daß eine als besonders „fein“ den jetzigen sozialistischen Führern von Most vorgeworfene Keuschheit sich in der anlässlich des Döbel-Attentates von den damaligen sozialistischen Abgeordneten abgegebenen Erklärung finde, welche auch von Most unterzeichnet sei.

Der Pariser Vertreter erzählt, daß Most sich aus einer Versammlung in Paris unter dem Vorwande, es seien Polizeispione angewendet, entfernt habe. Trotzdem sei er mit dem von den Pariser Genossen vorher entlarvten Polizeispion Zabeck noch des Nachts ein Uhr zusammen gewesen.

Wahrscheinlich gab Most in jener Nacht dem Spitzel auch Berichte über die Pariser Genossen für Herrn von Bismard.

Weiter erklärt sich ein Redner entschieden dagegen, daß die Leser der „Freiheit“ als Anhänger Most's betrachtet werden. Wenn dieselben auch Leser der „Freiheit“ seien, so seien sie damit doch nicht für dessen Handlungen verantwortlich zu machen und sei es deshalb ungerechtfertigt, deren Ausschluß aus der Partei auszusprechen.

Ueber diesen Punkt werden die Herren wol bald genug aufgeklärt werden.

Der Korreferent erklärt, daß, als er von dem Zerrwürfnis zwischen Most und der Partei noch keine Kenntnis hatte und erst eine einzige Nummer der „Freiheit“ zu Gesicht bekommen gehabt, sich bedingungslos zustimmend an Most gewendet habe, was dieser vorausichtlich in perfider Weise gegen ihn auszunutzen werde.

Was soll man zu solcher Gemeinheit sagen? Der Korreferent, der sich in seiner heutigen Gesellschaft fürchtet, mit einem von allen Seiten beschimpften Parteimanne einmal eines Sinnes gewesen zu sein, vermutet, daß derselbe vorausichtlich seinen Brief in perfider Weise auszunutzen werde. Und das sind noch die „guten Freunde“ von ehedem! Und da wundert man sich noch (oder stellt sich wenigstens so), daß Most die Einladung zur Teilnahme an dieser Versammlung von Parteidißziplin-Fanatikern abgelehnt hat?

Zum Schlusse wird noch erklärt, Most sei gar kein Sozialist mehr, sondern „höchstens“ Blanquist (welch' seine Unterzeichnung!) und folgender Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundgeden der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Parole folgt;

In weiterer Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeigegensatz treibend, die Warnung Vorwärts leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften;

In schließlicher Erwägung, daß Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen. (Wo bleiben die Tatsachen? Die Red. der „Zukunft“.)

Erklärt der Kongreß, daß er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet.“

Es ergab sich eine Majorität von allen gegen zwei Stimmen. (Einer von den Teilen, welche gegen die Ausschließung Hasselmann's gestimmt hatten, war schon glücklicherweise T. N.)

Fünfte Sitzung. Ueber das Verhalten der Abgeordneten im Reichstage äußert sich der Referent folgendermaßen: Er bezieht sich zunächst auf den vor einiger Zeit veröffentlichten Reichstagsbericht und sagt denselben Auffassungen über Mißverständnisse, welche in der Partei bemerkbar wurden, hinzu. Man habe das Wort „Revolution“ mißverstanden und den sozialistischen Abgeordneten zur Lösung gemacht, sie seien nicht revolutionär. Es sei jeder Sozialist ein Revolutionär, aber man dürfe unter Revolution nicht bloß die Gewaltanwendung sehen. Die Partei hat unter dem Sozialistengesetz ihren Charakter und ihre Selbstständigkeit gewahrt; es ist ihnen Vertretern keine Prinzipien-

verletzung vorzuwerfen. Unter der Attentatsaufregung mußte man aus taktischen Gründen vorsichtig vorgehen. Die Partei hatte gar nicht die Möglichkeit, der Regierung gewaltthätig (!) die Spitze zu bieten. Daran ändern die sogenannten Anarchisten und die Nihilisten nichts, welche darüber Vorwürfe erheben. Die Zustände in Rußland seien in ganz anderen Verhältnissen begründet und die Taktik der Verweigerung, wie sie die Nihilisten üben, lauge für Deutschland nicht. Als das Nobilitations-Attentat geschehen, mußte der Partei daran liegen, die Verleumdung, Nobilitat gehört zur Partei, zu widerlegen. Die seither beobachtete Taktik hat sich bewährt und Bismard beforat mit seinen Steuerprojekten und der ganzen Art seiner Politik unterdeß die Nihilisationsarbeit der Sozialisten. (Sehr bequeme!) Revolutionäre Beschlüsse lassen, ohne sie auszuführen, sei eine Kinderei, deren wir uns nicht schuldig machen dürfen. Daß wir das Militärgele, das Tabakmonopol etc. Bismard verweigern und gegen alle neue Steuern kämpfen, ist selbstverständlich. Wenn ein einzelner Zeitungsartikel im Parteiblatt sich für das Monopol erklärt, so sei das die Anschauung eines Einzelnen und es sei unnütz, daraus Kapital zu schlagen. Die Abgeordneten haben das Mandat vielfach zu agitatorischen Zwecken benützt, was gerade jetzt, nachdem Versammlungen, Vereine und Parteipresse verboten sind, von um so höherem Werte ist. Nachdem das Attentatsverbrechen sich gelegt und die Stimmung umgeschlagen hat, ist die Zeit gekommen, wo die Partei wieder mehr positiv vorgehen kann und muß. Bisher galt es, zu retten und zu sammeln; jetzt wird man mehr agitatorisch auftreten. Der notwendige „Rückzug“ beim Eintritt des Sozialistengesetzes war nicht ein „Rückzug“ im Sinne der Preisgabe von Prinzipien, sondern der trotz der Uebermacht der Feinde erzwungene Rückzug in eine gesicherte Position. Der momentane geordnete Rückzug war nötig, dem zum „Losschlagen“ war keine Möglichkeit. (Verlangte es auch kein Mensch.) Damit wolle er nicht den sogenannten „gefehrlichen“ Weg als unumstößliche Norm bezeichnen. Es ist eine Klugheit der Regierungen, ihn zu ermöglichen. Die deutschen Regierungen haben aber bisher diese Klugheit nicht gezeigt und wenn es schließlich einmal zum Ueberstehen kommt, wird sich zeigen, wer mehr seine Schuldigkeit tut, die jetzt Angegriffenen, oder die, welche sie angreifen. --

Es kommen Anträge von Berliner Genossen zur Debatte. Die Parteigenossen, welche dieselben übergeben, verzichten darauf (d. h. vertrauen sich nicht), dieselben zu begründen. Der hierher gehörige Teil dieser Anträge lautet:

„Den sozialdemokratischen Abgeordneten ist über ihr Verhalten im deutschen Reichstage ein Mißtrauensvotum zu erteilen.“

- Gründe:
- a) Kaiser's Entzelen für die Schutzpolle,
  - b) Hebel's Appell an den „Patriotismus“ der Genossen, sowie seine „Erwartung“, daß dieselben sicher auch die „Feinde“ aus dem Lande schlagen würden,
  - c) Hasenclever's Protest gegen die Erklärungen Hasselmann's im Reichstage,
  - d) Liebnicht's Erklärungen, welche den persönlichen Streit unter den Abgeordneten entlastet haben.“

Diese Anträge werden nach kurzer Debatte einstimmig abgelehnt.

Abgelehnt wird ferner der Antrag, welcher von den Abgeordneten energische Vertretung des Prinzips und geschlossene Abstimmung verlangt, weil dies selbstverständlich sei; angenommen eine Resolution, welche den russischen Nihilisten die Simulation des Kongresses auspricht, obwohl er deren Taktik für Deutschland nicht geeignet hält.

In der sechsten Sitzung wird die Organisationsfrage erledigt und der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“ als einziges offizielles Parteiorgan erklärt.

In der siebenten und letzten Sitzung wird betreffs der Stellung, welche die Partei zu den Wahlen einzunehmen hat, folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei deutscher Zunge empfehlen ihren deutschen Parteigenossen, sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Kommune zu beteiligen und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.“

Insbefondere empfehlen sie den Parteigenossen in Deutschland die allgemessene und energischste Tätigkeit für die im Jahre 1881 stattfindenden allgemeinen Reichstagswahlen und zu diesem Zwecke die Vornahme folgender Schritte:

1. Aufnahme der Agitation in den einzelnen Wlkreisen und feste Organisation in jeder geeigneten Weise.
2. Vornahme regelmäßiger Gesellsammlungen.
3. In allen Wlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Gewinnsagenossen bei der Wahl selbstständig vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenhaltung.“

werden; was zunächst die Art dieser Beiträge betrifft, so begegnen wir bei den geschilderten Klassen sechs verschiedene Formen. Es befinden sich nämlich unter denselben 20 Klassen, welche lediglich von Gewerbetreibenden erhalten werden, dann 29 Klassen, zu denen die Gewerbetreibenden einen Jahresbeitrag leisten, ferner 21 Klassen, bei denen die Gewerbetreibenden von den Gesamt-Jahresbeiträgen der Mitglieder einen bestimmten Prozentsatz leisten, 29 Klassen, bei denen die Gewerbetreibenden das allfällige Defizit decken, 124 Klassen mit zeitweiliger Heranziehung der Arbeitsgeber zur Beitragsleistung (also nur „bei Bedarf“, der namentlich bei Fabriklassen deshalb nicht leicht eintreten kann, weil bei Rücklagen der Einnahmen die Abzüge einfach erhöht werden) und 75 Klassen mit anderweitigen Beiträgen der Gewerbetreibenden, als Arzt, Medikamente, Spital etc.

Bei 275 Klassen leisten die Gewerbetreibenden keinerlei Beiträge und von 17 Klassen fehlt jegliche Angabe in dieser Richtung.

Die Rubrik „Beiträge der Gewerbetreibenden zu den Hilfsklassen“ nimmt sich in vielen Fällen sehr interessant aus; da heißt es z. B. „Nach Bedarf“, „Unbestimmt“, „Zeitweilig“, „Deckt das Defizit“ u. s. f., während Viele in großmütigster Weise die den Arbeitern abgezogenen Strafgelder den Klassen zuführen und als eigene Beitragsleistung betrachten.

Die Beitragsleistungen der Mitglieder zu diesen Klassen geschehen in 389 Fällen nach festgesetzten, zum Teile klassifizierten Beiträgen, während bei 241 die Beiträge nach der Lohnhöhe normiert sind; von den letzteren entrichten pro Woche für jeden Lohngulden bei 68 Klassen bis 1 fr., bei 14 Klassen über 1 bis 2 fr., bei 100 Klassen 2 fr., bei 24 Klassen über 2 bis 3 fr., bei 5 Klassen über 3 bis 4 fr., bei 2 Klassen 4 bis 5 fr. und bei 4 Klassen über 5 fr.; bei diesen Klassen variiert die Krankenunterstützung von 25 bis 50 Prozent des Lohnes, während bei 31 Klassen die Höhe und Dauer des Krankengeldes von Fall zu Fall bestimmt wird, wobei selbstverständlich die Protektion eine große Rolle spielen wird.

Die Gesamtzahl der Klassen, welche ärztliche Hilfe, Medikamente und Baarunterstützung gewähren, beträgt 348, 19 Klassen geben bloß Arzt und Medikamente ohne

sonstige Unterstützung, während 272 nur Baarunterstützungen verabsolgen.

Eine spezielle Tabelle beschäftigt sich mit dem Maximalzeitraum, für welchen seitens der einzelnen Klassen die Unterstützungen gewährt werden; für die Dauer der Krankheit erhalten angeblich die Mitglieder von 128 Klassen und auf unbestimmte, mitunter von Fall zu Fall festgesetzte Dauer, von 81 Klassen die Unterstützung; von 35 Klassen liegen keine Angaben vor, während die restlichen 616 Klassen für eine statutenmäßig genau fixierte Dauer das Bezugsrecht von Unterstützungen gewähren; dieser Maximalzeitraum erstreckt sich bei

44 Klassen auf weniger als 1 Monat	4 Klassen über 6-7 Monate
88 „ über 1-2 Monate	7 „ „ 7-8 „
118 „ „ 2-3 „	3 „ „ 8-9 „
51 „ „ 3-4 „	6 „ „ 9-10 „
22 „ „ 4-5 „	116 „ „ 11-12 „
140 „ „ 5-6 „	17 „ „ 12 „

Rücksichtlich der Verwaltung dieser Klassen werden nachstehende vier Kategorien aufgestellt:

- I. Selbstverwaltung seitens der Hilfsarbeiter. . . 259 Klassen
- II. Gemeinschaftliche Verwaltung der Gewerbetreibenden und Hilfsarbeiter. . . 192 „
- III. Nur Kontrollen seitens der Hilfsarbeiter. . . 158 „
- IV. Kein Einfluß auf die Verwaltung seitens der Hilfsarbeiter. . . 139 „

Letztere Rubrik dürfte in Wirklichkeit nicht die schwächste, sondern entschieden die stärkste sein, da ja die Selbst- und gemeinschaftliche Verwaltung, namentlich der Fabriklassen, hinlänglich bekannt, in der Praxis für den Arbeiter ganz wertlos und nur als pro forma auf dem Papier stehend zu betrachten ist.

Die Reserverfonds von 748 der verzeichneten Klassen belaufen sich auf 3,058,013 fl. 75 kr., die Mitgliederzahl derselben 306,678, worunter die größte Zahl nämlich auf den Wiener Handelskammerbezirk allein entfallen.

Ferner sei erwähnt, daß nach diesem Berichte beispielsweise in Krems, Laibach, Salzburg und verschiedenen anderen Orten auch allgemeine Arbeiterklassen bestehen, welche sich behauerlicher Weise um die Bestrebungen der Arbeiter gar nicht zu kümmern scheinen, weder dem österreichischen Krankenkassenverbände angehören, noch sonst ein Lebenszeichen von sich geben. —k—

Außer den von der Partei bereits eroberten Wlkreisen werden 21 weitere Kreise als offizielle erklärt.

Angenommen wird ferner als selbstverständlich der Antrag, daß in Zukunft Wlflugblätter und sonstige mündliche und schriftliche Versprechungen der Kandidaten und der Wlalkassen unter keinen Umständen dem Programm widersprechen dürfen. — Weiter wird nachstehender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Kongreß deutscher Sozialisten, in Erwägung, daß die Vereinerung der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muß und daß die deutsche Sozialdemokratie von jeher ihren internationalen Charakter betont hat, stimmt dem Vorschlag der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei auf Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses mit voller Sympathie zu und beauftragt die Parteivertretung, den Kongreß mit zwei Vertretern zu beschicken.“

Damit ist die Tagesordnung erledigt und wird nach einigen Formalitäten der Kongreß geschlossen.

Die Debatten und folgensweren Beschlüsse dieses Kongresses werden uns noch oft Gelegenheit geben, darauf zurückzukommen.

## Die Verarmung Europas.

Die angenehmsten Gefühle sind es nicht, welche die Bourgeoisliteraten befehen, so oft ein unparteiischer Beobachter auf eine Erscheinung hinweist, welche diese herrlichste der Welten ins rechte Licht setzt.

So veröffentlicht erst unlängst der talentvolle Mitarbeiter eines hiesigen konservativen Blattes eine Reihe interessanter statistischer Daten, welche den Nachweis führen, daß die Preise der Industrieartikel seit Jahrzehnten rapid gesunken. Der Verfasser zieht daraus den Schluß, daß Europa verarmt, und dieser Schluß ist's, der einigen manchesterlichen Größen gar nicht gefallen will. —

Betrachten wir die Sache etwas näher, prüfen wir sie eingehender und wir werden finden, daß die liberalen Volkswirtschaftler ganz und gar nicht das Recht haben, die oben skizzierte Erscheinung und den daraus gezogenen Schluß hochmütig abzutun. — Mit überlegenem Lächeln sagen uns die Manchestermänner, daß Billigkeit der Produkte ein Zeichen des Wohlstandes sei, da die einzelnen Produkte Jedermann zugänglich werden, man kann sich dieselben leichter verschaffen und dies vermehre im Allgemeinen die Annehmlichkeiten des Lebens.

Es ist dies der alte Trugschluß der Manchester Schule, die alte bereits rostig gewordene Waffe, mit der man die freie Konkurrenz zu verteidigen pflegt.

Das bekannte Wort des Wiener Volksmundes „Und wenn man den Kreuzer nicht hat!“ — würde schon allein hinreichen, das ganze Luftgebilde der manchesterlichen Beweisführung in Nichts zerfließen zu lassen; nichtsdestoweniger lassen wir uns die Mühe nicht verdrießen, unsere Stellung zur oben gekennzeichneten Kontroverse genau und eingehend zu präzisieren.

Schon früher bemerkten wir an dieser Stelle, daß Ueberproduktion eigentlich an und für sich eine Wolltat wäre, wenn — ja wenn eben in der besten der Welten nicht Alles so kanibalistisch-anarchisch organisiert wäre.

Ein Zuviel der Artikel wäre gut, wenn Alles an dem Zuviel seinen Anteil hätte; es würde dann Niemand Not leiden. Wenn man jedoch die tatsächlichen Verhältnisse in Betracht zieht, wonach die große Produzentenarmee gar nicht zum Groß der Konsumenten gehört, so wird man merken, welche verhängnisvolle Wirkung ein Zuviel der Produkte hat. Und das eigentlich ist der Kern der ganzen Streitfrage, daß die Produzenten, besser gesagt, produzierenden Hände, gar nicht mehr als Konsumenten zu betrachten sind. Der Konsum letzterer ist nahezu auf die notwendigsten Lebensmittel beschränkt. Die durch die freie Konkurrenz geschaffene Billigkeit kommt dem Konsumenten zu Gute, aber nicht dem Arbeiter, nicht der großen Masse des Volkes, daß nur als Produktions- und Freemaschine funktioniert, Dank der heutigen herrlichen Zustände. — Die Segnung der Konkurrenz, die Billigkeit, ist ein einschneidendes Schwert, das ins Fleisch der Arbeiter schneidet. Die arbeitende Klasse genießt den Vorteil der Billigkeit, aber die Vorbedingung zur Billigkeit, die liefert wieder das arbeitende Volk aus seinem Mark und seinen Knochen, indem es sich die Hungerlöhne gefallen lassen muß.

Man beachte hier ja den Unterschied zwischen variablen und konstanten Kapital, den zuerst Karl Marg aufgestellt. Das variable Kapital, der Lohnvorschuß ist's, der vermindert oder vermehrt werden kann. Um die Waare billiger produzieren zu können, bietet den Haupthebel die Lohnherabsetzung. Billigkeit der Artikel bedeutet daher immer niedrige Lohnsätze, Pauperismus. Das Billigerwerden der Artikel bedeutet ein Billigerwerden der Arbeitskraft, es bedeutet ein Heraufsinken der Lebenshaltung, es bedeutet aber auch die vermehrte Konkurrenz der Arbeitskräfte, die Vermehrung der industriellen Reservearmee.

Noch ist dabei in Betracht zu ziehen, daß der Wert des Geldes nicht im gleichen Maße gestiegen ist; ja der Wert des Geldes ist wie der jeder andern Waare, ebenfalls gefallen. Die Wertzeichen haben sich vermehrt, die Edelmetalle, welche bisher das ausschließliche Normalmaß der übrigen Wertarten gaben, haben sich vermehrt; ihr Wert ist gesunken. Die Vermehrung der Lebensmittel hat aber nicht den gleichen Schritt mit der Zunahme der anderen Tauschwerte zu halten vermocht. Eine große Masse der Bevölkerung hat also unter Einwirkung aller dieser Umstände immer mehr Not und Elend zu erleiden. Der Pauperismus muß notwendiger Weise immer größere Kreise ziehen. Die Verarmung des Arbeiterstandes zieht die Proletarisierung der „kleinen Leute“, der Krämer, Kleinbürger, kleinen Handwerker etc., nach sich. Die Zirkulation der Geldmengen beschränkt sich auf immer engere Kreise, man möchte sagen der soziale Körper leidet an Blutarmut. — Wohin das führen wird und muß, brauchen wir nicht zu sagen.

Doch zum Schluß möchten wir dem hier Gesagten noch Eines beifügen. Wenn Billigkeit der Produkte ein

Beweis der Armut ist, so folgt daraus keineswegs, daß erhöhte Waarenpreise mit dem Erhöhen des Arbeitslohnes gleichbedeutend sei.

Der Trugschluß der Schutzöllner ist ebenso Trugschluß als die Sozialisten der Liberalen. Man versuchte mittelst Schutzöllnes hin und wieder eine lahme Industrie zu galvanisieren, ja Arbeiter und Sozialisten ließen sich von den Argumenten der Schutzöllner befehlen. Doch die Folge bewies, daß der Schutzölln auf den Arbeitslohn vor gar keinem Vorteil sei. Der Lohn regelt sich nach ganz anderen Gesetzen. Dies zu erwähnen, hat das eingangs zitierte konservative Blatt vergessen. Zudem wir dies zu Nutz und Frommen unserer Leser hier bemerken, erklären wir noch, daß aus dem unerquicklichen Stadium, in dem sich das verarmende Europa befindet, nur eins hinaus helfen kann: Die sozialistische Organisation der Gesellschaft. „Die Organisation der Arbeit, die Herbeiziehung der großen Massen zum Konsum und damit das Gleichgewicht zwischen Konsumtion und Produktion und die gründliche Umgestaltung der agrarischen Verhältnisse.“

Gewisse Dinge können nicht oft genug wiederholt werden und so wiederholen wir heute diese den Freunden und Feinden bekannten Sätze. Cato rief seinen Söhnen, bis Wandel geschaffen wurde, wir rufen so lange, bis es besser wird.

## Zur Wahrung des Briefgeheimnisses.

Die „Neue freie Presse“ schreibt unter dieser Ueberschrift: „Es ist schon wiederholt und leider nur mit zu viel Grund ausgesprochen worden, daß nirgends so oft wie bei uns in Oesterreich Gesetze gegeben werden, um nicht gehalten zu werden. Wie oft kommt es vor, daß wenige Jahre nach Publikation eines Gesetzes, dasselbe wieder unter dem Walten bureaukratischer Willkür verschwindet und nur mehr ein Scheindasein auf dem Papiere führt, oder daß „Verordnungen“ erscheinen, welche den Fortbestand eines Gesetzes in dessen ursprünglichem Geiste illusorisch machen und seine Wirksamkeit brachlegen. So ist durch die Staatsgrundgesetze auch das Briefgeheimnis gewährleistet. Kann man aber in Wahrheit annehmen, daß das Briefgeheimnis in Oesterreich wirklich noch gewahrt erscheint, wenn es einem Andern als dem Adressaten gestattet ist, die dem Besten zugeordneten Briefe zu öffnen? Seit beiläufig einem Vierteljahre besteht in Oesterreich eine Verordnung, die dies gestattet. Eine vom Grafen Taaffe angelegte zum Zwecke der Entdeckung sozialdemokratischer Umtriebe inspirierte „Verordnung des Finanzministeriums“ schreibt vor, daß für den Fall, wenn in einem Briefe ungestempelte Zeitungen „vermutet“ werden, derselbe vom Postamt an die Finanzbehörde zu schicken und von dieser in Gegenwart des Adressaten zu eröffnen sei.

Welch' ein ergiebiges Feld eröffnet sich damit dem Amtseifer des nächstbesten „eisernen“ Postbeamten! Kann und wird ein solcher nicht in jeden etwas dickeibigen Briefe eine ungestempelte Zeitung vermuten? Oder gibt es eine besondere Geschicklichkeit, welche es dem Beamten ermöglicht, ohne Eröffnung des Kuverts die Gefährlichkeit des Inhaltes eines solchen Briefes zu ahnen? Im besten Falle entstehen — wie ja wirklich in neuester Zeit schon wiederholt öffentlich gerügt wurde — ganz ungeredertfertigte Verzögerungen und Belästigungen bei der Zustellung solcher „verdächtiger“ Briefe. Diese Ministerialverordnung muß zu Mißbräuchen führen und es wäre zu wünschen, daß der Verwaltungsgerichtshof von amtswegen, ohne erst von einem Empfänger eines solcher Art gemäßigten Briefes angerufen zu werden, sein Botum über die Geschmähigkeit derselben abgebe.“

So die „N. fr. Pr.“ Sanftere Vorwürfe kann man einer Regierung über die Verletzung der Verfassung schon nicht mehr machen. Auf diese Weise kämpfen die „Verfassungstreuen“ um ihr Palladium!

Das hervorragendste Organ der Verfassungspartei weiß zu dieser horrenden Tatsache, die, wenn sie in England vorkäme, einen Sturm der Entrüstung in der Presse des ganzen Landes hervorrufe, nichts zu sagen, als daß es die durch die Verletzung des Briefgeheimnisses entstehenden „Verzögerungen“ und „Belästigungen“ bedauere. „Diese Ministerialverordnung muß zu Mißbräuchen führen!“ Als wenn sie nicht schon dazu geführt hätte! Wenn nur solche Briefe geschwindig geöffnet würden, die Sozialdemokraten gehören und in denen sich „ungestempelte“ Zeitungen befinden, so hätte ja die „N. fr. Pr.“ hiegegen gar nichts einzuwenden, aber es könnten ja auch die Briefe der Leute aus den „besseren Ständen“ Verzögerungen erfahren oder wol gar einmal eine Londoner Korrespondenz der „N. fr. Pr.“ auf's Zollamt geschickt werden und das wäre schrecklich.

Wo bleibt die Achtung vor dem Gesetz?

Wir fordern alle Parteigenossen auf, denen ein Brief von amtswegen vorenthalten oder geöffnet wird, gegen den schuldtragenden Beamten Klage zu führen. Da sich die Fälle, daß Arbeitern die an sie gerichteten Briefe nicht ausgefolgt oder geöffnet wurden, in letzter Zeit sehr häufen, so können sich ja einige der in ihren Rechten geschädigten Genossen vereinigen und gemeinschaftlich einen Rechtsfreund gewinnen, der ihre Sache vor den Gerichten vertritt. Wir versprechen uns zwar nach den Erfahrungen, die wir mit dem Verwaltungsgerichtshofe bereits gemacht haben, keinen besonderen Erfolg, aber wenigstens erfahren wir bei dieser Gelegenheit, was uns die von den Herren vor dem Schollentore mit so viel Aufwand von Beredsamkeit und Lunge fabrizierten „Verfassungsgesetze“ nützen, ob sie den auf sie verwendeten Schweiß der Edlen wert sind.

## Politische Uebersicht.

Mit schrecklichen Gruseln und furchtbaren Zähneklappern mochten unsere Spießer dieser Tage die Nachricht gelesen haben, daß durch die vortrefflich organisierte Polizei eine geheime Sozialistenversammlung aufgehoben worden sei. Doch war die Sache lange nicht so tragisch als es die Bourgeoisblätter den gläubigen Lesern vormachen, denn es war, wie an anderer Stelle ausführlich berichtet wird, die Lohnkontrollsektion der Wiener Schneider, welche sich mit der Lohnfrage des betreffenden Faches beschäftigte.

Diese Woche fielen den behördlichen Maßnahmen die „Vorstadtzeitung“ und der „Figaro“ zum Opfer. So muß es kommen, die Bourgeoisblätter mögen der Reihe nach konfiszirt werden, sie sollen das objektive Verfahren in seiner ganzen Härte füllen und es wäre uns ganz recht, wenn sie noch andere Maßnahmen zu füllen bekommen. Die Bourgeoisie hat gejubelt, so oft gegen uns ein Streich geführt wurde; Verhaftungen, Doffnen der Privatbriefe u. s. w., dies Alles ließ sie kalt. Diese Bourgeoisie, die so oft von Rechtsgleichheit und dem Rechtsstaat geredet hat, hat nur den Arbeitern die Wollate eines solchen entziehen wollen, sie soll die ganze und volle Reaktion füllen, vielleicht kommt sie dann zur Einsicht.

Die „Deutsche Zeitung“ brachte vorige Woche eine Verhandlung vor dem Kreisgerichte zu Labor zur Sprache, in welcher ein konfessionsloser Geschworener, weil er statt des Eides einen Handschlag leisten wollte und sich auf die Frage des Gerichtspräsidenten als Meist bekannte, von der Geschworenbank gemiesen wurde. In dieser Angelegenheit veröffentlichte dieselbe dieser Tage folgende Notiz: „Herr A. Stastny ergreift, wie er uns mitteilt, alle gesetzlichen Mittel, um von den Gerichten, in letzter Instanz von dem Kreisgerichte, Genugthuung für die Schmälierung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu verlangen. Charakteristisch ist, daß sich in Labor kein Advokat fand, der die Beschwerde vor dem Kreisgerichte zu vertreten sich bereit erklärte. Welch' würdige Enkel der Hussiten sind doch die Advokaten jener tschechischen Stadt, die bekanntlich aus einem Feldblager Škela's entstanden ist! In Folge dessen hat sich Herr Stastny an den Abgeordneten Dr. Josef Kopp gewendet, welcher seine Vertretung vor jenem Gerichtshofe sofort übernahm.“

Eine ganze Blättelese von interessanten Nachrichten liegt uns diesmal aus Deutschland vor. Es ist die alte Geschichte, die so lange neu bleibt, bis nicht eines Tages irgend ein Donnerwetterchen (aus dem Westen nämlich) in die Wirtschaft dreinschlägt und dem Kumpel ein Ende macht. Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, aber auch Polizeiabteilungen, das ist Alles. Aus Hamburg wird Folgendes geschrieben: „Am Sonntag den 29. August war plötzlich mit einem Schläge die ganze Stadt mit Briefen, in denen sich ein autografirtes Flugblatt: „An die Arbeiter Altona's befand, übersäet. In diesem Schreiben wurde vom sozialdemokratischen Standpunkt ausführlich Stellung zum Sedantag und der dabei stattfindenden Enthüllungsfeste wie gegen den Karnevalszug genommen. Eine Stunde später, nachdem Alles in Ordnung und mit Pünktlichkeit besorgt worden war, stürzte sich auch die Polizei ein, schnupperte an allen Ecken herum, ob nicht etwas zu finden sei; aber es war rein nichts da. In blinder Wut und um sich zu rächen, ließ der Polizeikommissär nun nachts um 12 Uhr den Maschinenbauer Junk, (eine der seinerzeit unter Anklage gewesenen 13 Personen, die einen Klub unter sich hatten und die „Freiheit“ gemeinschaftlich lasen) aus dem Bett holen und verhaften, nachdem man in der Wohnung das Unterste nach Oben gekickt und den dem Sterben nahen Parteigenossen Hamde drei Stunden molestirt hatte. Die größte Unverschämtheit legte die Altonaer Polizei an den Tag, indem sie des nachts um 4 Uhr gemeinschaftlich mit Hamburger Polizeioffizianten den in Hamburg wohnenden Tischler Petersen aus dem Bett holte und verhaftete, ohne irgend welchen Grund oder Anhaltspunkt.“

Von anderer Seite erhalten wir folgende Berichte: „Wegen angeblicher Verbreitung verbotener Schriften wurde am 22. Juli Genosse Fischinger von Basel auf der elsässischen Grenze bei St. Ludwig verhaftet, nach Sünningen ins Amtsgerichtsgefängnis und von da nach Mühlhausen ins Bezirksgefängnis geführt, um am 11. September — nach 51 Tagen Untersuchungshaft — freigesprochen zu werden. Der Genosse wurde über die „weiterverzweigte Organisation der Sozialdemokraten in der Schweiz“ ausgefragt, konnte jedoch die Neugierde der Herren leider nicht befriedigen. — Auch Ehrhardt in Mannheim ist wieder entlassen worden.“

„Wegen Verbreitung verbotener Schriften wurde Genosse Ferhaisen in Reutlingen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand bei geschlossenen Türen statt, weil man „es mit einem wichtigen und gefährlichen Mitglied der Umsturzpartei zu tun habe“. Die Zeugen sollen sich kläglich benommen haben.“

„Zurückgebliebenen Hausdurchsuchungen fanden in Breslau und an verschiedenen schlesischen Orten statt. In Berlin vergeht kein Tag ohne Durchsuchung. Das Ergebnis ist in allen Orten meist das gewöhnliche: man findet nichts.“

„Flugchriftenverteilungen fanden an verschiedenen Orten, besonders in der Umgegend von Leipzig am Sedantag statt. Solche „Festtage“ eignen sich auch in der Tat ganz besonders zur Propaganda.“ U. s. f.

Der Reichsratsabgeordnete Liebknecht, der vor längerer Zeit den Skandal, daß ein sächsischer Oberstaatsanwalt Femanden zur Flucht verhalf, verbittert maß an die Öffentlichkeit brachte, wurde deshalb wegen öffentlicher Beleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; ähnlich erging es einem Journalisten, der vor neuen Gründungsversuchen Stroußberg's warnte. Nun die Ehre der Volkskinder und Sozialistenfeinde aller

Art wird gar sorgfältig bewacht, was soll auch aus dem Reiche werden, wenn seine besten Säulen angegriffen werden.

Damit es aber auch an Humor nicht fele, wird uns noch mitgeteilt, daß in Mainz ein Polizeibeamter den Richtern weinend mitgeteilt, daß er gegen die Sozialisten nichts ausrichten könne. Vielleicht erbarmt sich ein Sozialist des armen Polizisten und bringt sich selbst zur Anzeige.

In Augsburg wieder erhielt ein Polizeiagent einen Brief mit einem Exemplar der „Freiheit“, worin geschrieben stand: „Da lies und dann urteile, Du dreifüßiger Polizeihund“. Man sieht daraus, daß trotz aller Verfolgungen der schneidige Humor der deutschen Sozialdemokraten noch nicht verloren gegangen ist. Um so weniger aber sind die Pratorianer zum Humorisieren aufgeklärt. Unsere Sozialdemokraten werden zu wahren Sozialdemokraten, die Gegner aber weinen und heulen.

In England verursacht die irische Frage den herrschenden Klassen ungemein viel Kopfschmerzen. Gladstone, der manchmal radikal angefaßelt ist, versuchte vor einiger Zeit ein Gesetz einzubringen, daß den irischen Pächtern einige Erleichterungen in Aussicht stellte, allein das Oberhaus verwarf die Bill. Seitdem ist die Aufregung in Irland eine ungeheure. Einzelne muskirtre Banden terrorisieren die Grundeigentümer, hin und wieder verschafft sich der gedrückte irische Landmann mit der Flinte Satisfaktion, ja Gerüchte über eine neue Pulververchwörung wurden laut. Und was tat man all dem gegenüber? Man drohte mit Ausnahmengesetzen und Belagerungszustand. Allein bei der bekannten Hartköpfigkeit der Irländer verfährt ein solches Mittel nicht und die Ordnung herrscht noch immer nicht in Irland. Die Agrarverhältnisse im genannten Lande sind übrigens solche, die von der ehemaligen Feudalordnung nur wenig verschieden sind. — Wir geben hier in Kürze folgende Nachrichten: Die Zustände in Irland verschlimmern sich wieder und es vergeht kein Tag, an welchem die Londoner Blätter nicht neue Gewalttaten zu registrieren hätten. Vom Gute Mr. Bienerhaletts in der Grafschaft Clare wird abermals ein Agrarverbrechen gemeldet. Gegen Mitternacht drang eine Anzahl Vermummter in das Haus eines Gerichtsboten ein, sie schnallten ihn auf sein Bett und schlugen ihm beide Ohren. Es herrscht große Entrüstung in der Nachbarschaft und wird dem Opfer dieser Schandtat ungewöhnlich große Teilnahme bezogen. — Die Polizei hat eine große Anzahl Finten bei einem Waffenhändler in Longhrea mit Beschlag belegt. Der Händler will einen Prozeß gegen die Behörden anstrengen; derselbe ist beschuldigt, der Bauernschaft in der Umgegend Longhreas Feuerwaffen geliefert zu haben. — In Shiffeld wurde ein Irlander, der aus der „Bruderschaft“ ausgetreten war, von zwei ehemaligen Freunden aus dem Hause gelockt und niedergeschossen. Der Schwerverwundete weigert sich merkwürdigerweise, die Namen seiner Mörder anzugeben.

Auf den in Zürich abgehaltenen Freidenkerkongress, dem aus Deutschland u. a. U. Schäfer, Dr. Dulk und L. Büchner beizwohnten, brachte der Deputierte von Milwaukee (Amerika) ein sehr weitgehendes Programm in Vorschlag. Es wurde darin nicht nur der Kampf gegen die Kirche als notwendig erklärt, sondern auch der gegen den Adel, die Geldaristokratie, das Männerrecht u. s. w. Diesen Mann betrachteten seine Kongresskollegen als Enfant terrible (schreckliches Kind) und gingen über ihn und sein Programm zur Tagesordnung über. Wie konnte er sich auch der Illusion hingeben, eine so gemischte Gesellschaft für ein konsequentes Vorgehen zu gewinnen. Wollten diese Leute konsequent sein, dann wären sie keine „Freidenker“, sondern Sozialisten, denn ein unfreidenkender Sozialist kann gar nicht gedacht werden.

Genosse Köppler aus Breslau wurde aus Brüssel ausgewiesen, trotzdem er in Arbeit stand und mit der nötigen Papieren versehen war. Der Chef des „Bureau der öffentlichen Sicherheit“ erklärte ihm nach Einsicht in Akten mit deutschem Stempel, daß er von der deutschen Regierung als ein „sehr gefährlicher Mensch“ bezeichnet sei, was zu seiner Ausweisung genüge. Dieses Vorgehen zeigt die kürzlich gefeierte fünfzigjährige Unabhängigkeit des freien Belgien, das Jeden Bismarck nicht benehmen, auf ein Stück Papier hin, ausweist.

Am 12. d. M. fand eine Konferenz der revolutionären Sozialdemokraten der Westschweiz statt und am 29. d. M. beginnt der Kongress der Föderation, welcher außer wichtigen Prinzipienfragen, die Stellung der Föderation zu den verschiedenen Arbeiterparteien aller Länder beraten soll.

Weiters verlautet bezüglich des sozialistischen Weltkongresses, daß derselbe in der Schweiz, und zwar in Zürich, stattfinden wird, nachdem der diesen Kongress einberufende Landesrat der belgischen Genossen diesen Ort und als Zeit der Abhaltung den September des nächsten Jahres vorgeschlagen hat. Der Züricher internationale Arbeiterverein hat nach eingehender Beratung einen aus Deutschen, Oesterreichern, Polen, Schweizern und Russen zusammengesetzten Ausschuß gewählt, der die vom genannten Verein an den Kongress zu stellenden Anträge beraten und für den Kongress die notwendigen Vorarbeiten veranlassen soll.

In Italien sind zwei neue sozialistische Blätter erschienen, und zwar in Neapel „Il Grido del Popolo“ (der Rufschrei des Volkes) und in Cremona „Il Somaro“ (die Aebrechnung). Der Redakteur der in Mailand erscheinenden Zeitschrift „Ateo“ (Atheist) wurde wegen Herrlichkeit der Pariser Kommune vor Gericht gestellt. Nachdem der Verteidiger namentlich Mac Mahon, Vinoy, Gallard, Gallifet und Marcerou gebrandmarkt, sprach der Angeklagte im gleichen Sinne. Als er erklärte darauf,

stolz zu sein, von einer, den Schandtaten Mac Mahon's Beifall zollenden Regierung verfolgt zu werden, schleppten ihn auf Befehl des Gerichtspräsidenten zwei Schandarmen zum Saale hinaus.

In Frankreich wird vom 1. Oktober ab ein tägliches Blatt sozialistischer Tendenz erscheinen, unter dem Namen „Emanicipation“. In derselben wird die „Egalité“, das bisher wöchentlich erschienene Parteiorgan aufgeben, während die wissenschaftliche „Revue socialiste“ den Namen „Egalité“ annimmt und der „Proletaire“ als Gewerkschaftsorgan bestehen bleibt. Durch das Aufklären und Organisieren des Proletariats von Seite der Sozialisten wurde die Bourgeoisie zu einer neuen Taktik gebrängt und sucht durch Absendung antisozialistischer Arbeiter zu dem am 11. Oktober in Havre beginnenden Arbeiterkongress die Partei zu korrumpieren, indem sie sich in deren Beratungskörpern Stimmen kauft. Zu diesem Zweck hat der Pariser Gemeinderat bereits 3000 und der Generalrat der Unter-Seine 500 Franken bewilligt.

Die Revanche der Kommune bekommt allmählich Hand und Fuß. Seit mehreren Wochen sind alle radikalsten Blätter täglich mit den schlimmsten, haarsträubendsten Anklagen gegen den Bahnhofsinspektor Marcerou in Vincennes gefüllt. Als Offizier hat derselbe 1871 die seiner Obhut zu Versailles anvertrauten gefangenen Kommunarbeiter in der gräßlichsten, schändlichsten Weise mißhandelt. Mord, Schändung von Frauen, die abscheulichsten Foltern und Grausamkeiten, alle erdenklichen Schändlichkeiten hat Marcerou an den Kommunarbeiter verübt, wie es eben noch andere Ordnungshelmen getan haben. Die Scheußlichkeiten der Pariser Banditen kommen immer mehr an den Tag. Und nun begreift man, warum gewisse Kerle sich der Amnestie widersetzen. Sie fürchteten, daß die Todten sprechen werden.

Der französische Kulturkampf wird nicht minder schimpflich beendet, wie der deutsche, da die Regierung sich mit der Erklärung der Kongregationen begnügt, sich mit der Politik nicht beschäftigen und den Gesetzen gehorchen zu wollen. Was ist also das Resultat dieses Feldzugs? Die Jesuiten lehren als Private und die übrigen Kongregationisten verdammen das Volk nach Herzenslust weiter.

Am 25., 26. und 27. September hält die portugiesische Arbeiterpartei ihren vierten Kongress zu Porto ab.

### Aus Parteikreisen.

In Wien fanden vergangenen Samstag bei mehreren ehemaligen Abonnenten der in London von Joh. Most herausgegebenen Zeitschrift „Freiheit“ Hausdurchsuchungen statt, bezüglichen bei vier Genossen in Floridsdorf, wo der Bruder unserer bekannten Genossen, Joh. Till, ein junger Mensch im Alter von 16 Jahren, verhaftet wurde und sich, wie auch der im Laufe der vergangenen Woche verhaftete ehemalige Tischlergehilfe Schlögl, bereits im Landesgerichte befindet.

Zur Beruhigung der Gemüter dürfte diese Notiz jedenfalls beitragen, da die gesammte Wiener Presse, die sich sonst eines jeden Ereignisses bemächtigt, schweigt und Gerüchte im Umlaufe sind, daß circa 35 Hausdurchsuchungen in Wien allein gewesen wären, worunter 16 bei Genossen unter den Hutmachern.

Donnerstag den 16. d. M., wurde eine Sitzung der Lohnkontrollkommission der Gewerkschaft der Schneider polizeilich als geheime Versammlung aufgelöst und die vorgefundenen Lohnlisten mit Beschlagnahme belegt. Hoffentlich wird die Gewerkschaft diesbezüglich weitere Schritte tun, da sie laut Statut berechtigt ist, Erhebungen über die Lohnbewegung zu pflegen.

Mit Statthaltereier-Erlaß Z. 33039 vom 12. d. M. wurde der in der bekannten Streitsache im Jahre 1874 gegründete Arbeiter-Fortbildungsverein nach den §§. 24 und 25 und mit Erlaß Z. 34444 vom 18. d. M. der Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Tischler Wiens nach §. 24 des B.-G. aufgelöst.

Der von seiner Heimat in Baiern hier auf der Durchreise gewesene Kassier der allgemeinen Krankenkasse in Pest, Genosse Essl, wurde am Sonntag früh beim Genossen Wehl, wo er übernachtete, verhaftet.

Nach Berichten der Tagesblätter wurde der Gastwirt Lang in Schwedat wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verhaftet.

In Floridsdorf waren am Sonntag vier Briefe mit ausländischen Zeitungen beim Zollamte zu beheben, die, nach Aeußerung des Zollbeamten, nach Nachen zurückgeschickt werden.

In Böhmen fand am 9. d. M. früh bei Genossen Bernaschek eine Hausdurchsuchung statt, wo man, wie bei den in voriger Nummer erwähnten Vorfällen, den deutschen und slavischen Arbeiterkalender, ein Exemplar der „Delnicki Listy“, ein Exemplar der „Zukunft“, ja selbst zerrissenes Papier, vom Verpacken herrührend, mit Beschlagnahme belegte und ihm eine Vorladung, respektive Anklageschrift wegen Preßvergehen zustellte. Genosse Hampf, von Solenau, dessen Sachen man bei Genossen Bielsky durchsucht hatte, ist in Haft genommen worden.

In Olmütz wurde kürzlich der Friseurgehilfe Heinrich Wicker wegen Verbreitung von Flugblättern aus London, von den Geschwornen schuldig gesprochen und zu 6 Monaten schweren Kerker mit einem Fasttage in jeden Monat und 50 fl. Geldstrafe verurteilt.

Der politische Arbeiterverein in Prag, der einzige Verein in Böhmen, welcher für die Auflösung des arbeitenden Volkes in politischer Beziehung gewirkt, ist nach §. 24 des Vereinsgesetzes aufgelöst worden.

Wie die „N. Fr. Pr.“ mitteilte, wurden auf dem Bahnhofe in Reichenberg von einem Dienstmanne Flugschriften sozialistischen Inhaltes an die Passagiere ver-

teilt. Ein Exemplar dieser Flugschriften ist durch die Polizei konfisziert und die Untersuchung gegen die Urheber sofort eingeleitet worden.

In Dornbirn wurden die Genossen A. Kaufmann und J. Schelling und in Feldkirch der kranke Genosse F. Kaufmann, Vater von drei Kindern, verhaftet. Genosse Popp gegen Gelöbniß, Feldkirch während der eingeleiteten Untersuchung nicht zu verlassen, auf freien Fuß gesetzt.

Auch aus Budenz wird die Inhaftierung mehrerer Genossen gemeldet.

**Innsbruck.** Am 6. d. M. verließen die beiden Genossen Perz und Loy das Gefängnis, wohin sie am 8. Juli in früher Morgenstunde verhaftet worden waren und ihnen am 27. August, nachmittags 4 Uhr, im Beisein von sechs Vertrauensmännern in geheimer Verhandlung der Prozeß gemacht wurde. Die Verhandlung dauerte 4 1/2 Stunden und lautete das Urteil auf Schuldig des Vergehens nach §. 24 des Preßgesetzes (Verbreitung verbotener Druckschriften). Die beiden Genossen belamen zu der bereits abgelaufenen Untersuchungshaft noch 10 Tage Gefängnis als Zugabe.

Die Innsbrucker Angstmeier können nun wieder ruhig schlafen, nachdem die verdammten Sozialisten endlich einmal ein 'mauf gekriegt haben.

Wie wir erfahren, soll die Verhaftung auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erfolgt sein, welche vom Wiener Landesgerichte avisiert worden ist, „daß in Innsbruck eine der stärksten Filialen der sozialdemokratischen Partei existirt, welche sogar (man staune!) die Abhaltung eines geheimen Parteikongresses während dem Schützenfeste in Wien beantragt haben soll!“

Natürlich „soll“, wissen konnte man nichts, weil wir selbst von der ganzen Geschichte nichts wußten. Die Innsbrucker jedoch sollten es herauskriegen; die beiden Genossen wurden abgefaßt, eine umfassende Untersuchung eingeleitet, nahezu an 100 Zeugen vernommen, aber Alles vergebens, es ließ sich nichts eruiiren.

Ganz umsonst waren sie aber doch nicht sieben Wochen in Untersuchungshaft gefessen, denn es stellte sich heraus, daß Perz im Besitze eines Exemplares der Verteilungsschreiben des Dr. Rosenblatt im Prozeße der polnischen Sozialisten in Krakau war, (wie auch mehrere im Umlauf waren) und die beiden Genossen, wie oben erwähnt, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verurteilt wurden.

Und somit war der Staat wieder einmal gerettet!  
+ J.

### An die Parteigenossen!

Wie den Genossen bereits bekannt sein dürfte, befinden sich mehrere Genossen in Haft und tritt an uns die Pflicht heran, dieselben zu unterstützen.

Wäge daher jeder Genosse sein Möglichstes beitragen.

Briefe und Gelder sind zu senden an J. H y b e s, Rudolfshcim, Neugasse 15.

### Aus dem Vereinsleben.

**Wien.** Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. Monatsbericht pro August 1880. Saldo und Gesamteinnahmen fl. 12.807.01, Ausgaben fl. 10.385.70, Saldo pro September fl. 2421.31, die von den Arbeitern, Einschreibe- und Vororten an die Kasse abgelieferten Beträge belaufen sich auf fl. 9749.15; der Vermögensstand der Krankenkasse hat sich um fl. 1791.92, der der Invalidenkasse um fl. 751.18 vermehrt und beträgt letzterer fl. 37.166.91, letzterer fl. 33.987.89, beide zusammen fl. 71.154.83, die beiden Reservefonds mit inbegriffen.

Neu beigetreten ist im Monate August ein Teil des Personals der Geschäftsbücherfabrik des Herrn Ed. Müll; an Spenden wurden gewidmet vom Statthalter von Niederösterreich, Freiherrn von Böttlinger, 100 fl. ö. W. und von der Gemeinde Baden 20 fl. ö. W.

Dem Verbandsrat ist die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in F r e n d e n t h a l beigetreten; die Verbandskassen werden um baldigste Einfindung allfälliger Richtungsstellungen der diesjährigen Verbandsstatute höflichst ersucht.

Der Einschreibort Vororten befindet sich jetzt in Rüb' Gasthaus, 10. Bez., Himbergstraße 54, Ecke des Eugenplatzes.

Die nächste ordentliche Ausschusssitzung findet am Samstag den 2. Oktober, abends 8 Uhr, in der Zentrale statt.

Sonntag den 3. Oktober nachmittags findet die Eröffnung und Konstituierung eines Vorortes in St. Veit an der Triesting statt.

### Briefkasten.

Administration: Aus Anlaß verschiedener Anfragen in Angelegenheit des Abonnements haben wir auf allen Adresschleifen bemerkt, bis zu welcher Zeit das betreffende Abonnement entrichtet ist.

Redaktion: Viele Berichte, sowie der Artikel „Zur sozialen Gesundheitslehre“, mußte wegen Raumangel für die nächste Nummer zurückgelegt werden; bezüglichen der Ausweis für die Familien der Inhaftierten, dessen Summe 109 fl. 55 kr. beträget. Detaillierter Ausweis folgt in der nächsten Nummer.

## Ankündigungen.

Im Verlage von P. Walecka, Wien, 5. Bezirk, Hundstürmerstraße 89, erscheint am 15. Oktober der **österreichische Arbeiterkalender** für 1881.

Preis per Exemplar 25 kr., bei Versendung in die Provinz 30 kr.

Montag, den 27. September, 7 Uhr abends,

## Volksversammlung

im Nobel's Saale in FünfhauS, Schönbrunnerstraße.

### Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Sonntag den 26. September feiert die „Viedertafel“ des Arbeiter-Bildungsvereines in den Sälen „zu den drei Engeln“ ihr **erstes Gründungsfeft**,

unter Mitwirkung hervorragender Musiker und Sanger. — Eintritt: Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr. — Beginn 7 Uhr abends.

### Fortbildungs-, Branche- und Unterstützungsverein der Musikinstrumentenmacher Wiens.

Sonntag den 3. Oktober, 7 Uhr abends, in den Sälen zu den „drei Engeln“, 4. Bezirk, große Neugasse 36,

### Wolltätigkeitsfest,

verbunden mit Konzert, Ball, Gesang und deklamatorischen Vorträgen. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 50 kr.

### Gewerkschaftsverein der Schneider.

Sonntag, den 26. September in Gastner's Park- und Saal-Localitäten, 3. Bez., Ungar- und Neulinggasse,

### Gartenfest

verbunden mit Tanzkränzchen. — Die Kollegen werden ersucht, allerorts für das Fest zu agitieren.

### Gewerkschaftsverein der Stuhlarbeiter und Arbeiterinnen.

Zentrale: NeufünfhauS, Michaelergasse 9, in Bod's Gasthaus. — Lesezimmer: Sechshaus, Stiebergasse 7, in Klops's Gasthaus „zur weißen Taube“. — Sechshaus, Webergasse, in Doubal's Gasthaus. — Meidling, Mischbachgasse, in Schlemmin's Gasthaus.

### Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

Sonntag den 3. Oktober, in Schwenber's Koloiseum in Rudolfshcim,

### 10. Gründungsfeft,

verbunden mit Gesang, Ball und Konzert, mitwirkend der „Arbeiter-Sängerbund“ und Delnicka Jednota. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 50 kr. Anfang 7 Uhr.

### Union der Wiener Metallarbeiter.

Sonntag den 26. September, 8 Uhr vormittags, in der Zentrale, Generalversammlung. — Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Anträge des Ausschusses. 3. Anträge und Anfragen.

### Gewerkschaft der Gattler, Nicker und Tischler Wiens.

Sonntag den 26. September, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslocal, Crownal's Gasthaus, 6. Bezirk, Mollardgasse 3,

### halbjährige Generalversammlung.

Samstag den 25. September, 9 Uhr abends, Sitzung der Fortbildungsfektion, 6. Bez., Mollardgasse 3.

### Zur Beachtung.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Altharzdorf gibt bekannt, daß an durchreisende Vereinsmitglieder, welche einem ähnlichen Verein mindestens seit drei Monaten angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als seit drei Monaten im Rückstande sind, 30 kr. Reiseunterstützung verabfolgt werden. — Die Reiseunterstützung wird bei Josef Hü b n e r in Altharzdorf ausbezahlt. [45] Der Ausschus.

**Tangenbruch.** Sonntag den 26. September feiert der Les- und Unterstützungsverein in Tangenbruch im Gasthause zur „Lottarie“ seit seinem schwinährigen Bestande sein

### erstes Gründungsfeft,

verbunden mit Konzert, Gesang, Deklamationen und Tanzkränzchen. Anfang halb 3 Uhr nachmittags. — Eintritt: Frühergelöste Karten 10 kr., an der Kasse 15 kr. — Eintritt zum Ball 30 kr., gegen Vorzeigung der Karte 20 kr., Damen, welche sich mit Karten legitimiren können, sind frei. — Es ergeht hiemit an alle Genossen, Freunde und Vereine die ergebenste Einladung. Das Komitee.

Allen Freunden und Genossen, von welchen ich mich nicht vor meiner Abreise persönlich verabschieden konnte, rufe ich ein herzliches Lebewol zu. J o h a n n P o l j e r.

Allen meinen Freunden und Genossen von Graz ein herzliches Lebewol. Mühte ich auch Euch verlassen, bleib ich doch meinem Prinzipien treu, werde fernherhin die Menschenkinder hassen, offen denken und frei. Ihr aber schaffet fort am guten Werke, schließt immer fester das treue Brüderband, mir dadurch gewinnen wir an Stärke, erwingen wir ein freies Vaterland. Lebet wol! J o s e f S a g r a d i s c h n i g.

Bereits erschienen im Verlage von Josef G a n z, Pseifen-gasse 18 in G r a z:

### Die Reden der Abgeordneten Ritter v. Schönerer und Dr. Kronawetter

in der Budgetdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses am 6. und 15. April 1880 nach stenographischen Aufzeichnungen. — Preis 10 kr.

Abonnements - Einladung  
an die  
„Mittelstraße“  
Centralorgan des deutsch-österreichischen Bauernlandes,  
welche am 1. jeden Monats erscheint. Der Abonnementspreis beträgt per Jahr 1 fl. 50 kr. ö. W. sammt Postver-  
sendung. Abonnements sind zu richten an: Josef Steininger,  
Wirtschaftsbefiger in Gabelsburg, Post Habersdorf a. Kamp  
bei Krems, Niederösterreich.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Adresse des Administrator der „Zukunft“:  
Leo Walecka, V., Hundstürmerstraße 89, 1. Stg., 1. St.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: Andreas Grosse, Josef H y b e s, Frau Moh.

Verantwortlicher Redakteur: Leo Walecka.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.